

## **Einfluss, welchen die Bischöfe auf die Wahlen der Könige erhalten.**

### **§. 1.**

Nun begreift man wohl ganz, warum es die Bischöfe in diesem Zeitraum so willig geschehen ließen, dass auf den Konventen, auf welchen die Angelegenheiten des Staats verhandelt wurden, auch kirchliche Sachen abgemacht werden durften. Sie hätten es vielleicht nicht verhindern können, wenn sie auch gewollt hätten. Aber sie dachten gewiss nicht daran, es verhindern zu wollen, denn der Nachteil der für sie daraus entsprang, stand in keinem Verhältnis mit demjenigen, was dabei für sie zu gewinnen war. Der Einfluss den dabei die Könige auf die Kirche und ihre Angelegenheiten erhielten, konnte dieser niemals soviel schaden, als ihr der Einfluss auf den Staat, der dafür in die Hände der Bischöfe kam, und der überhaupt erweiterte Wirkungs-Kreis von diesen nutzen konnte. Wie viel war nicht allein schon dadurch gewonnen, dass nun ihre geistliche Gewalt in so vielen Fällen weiter zum Wirken kommen konnte? Wie viel leichter musste es jetzt den Bischöfen werden, auch das allgemeine Verhältnis der Kirche zum Staat immer vorteilhafter für sich und für diese zu rücken? Was aber durfte man sich nicht noch weiter davon versprechen, wenn einmal eine glückliche Verbindung der äußeren Umstände eine noch etwas weitere Ausdehnung ihrer Gewalt und ihres Einflusses begünstigte?

### **§. 2.**

Dafür durfte man auch nicht sorgen, dass solche Umstände allzu lange ausbleiben dürften, denn man hatte es ja in dieser Periode den Bischöfen schon mehrfach möglich gemacht, sie im Notfall selbst einzuleiten oder herbei zu führen. Diese Konvenienz verschaffen ihnen vorzüglich noch zwei besondere Einrichtungen, die ihnen die schönste Gelegenheit und die wirksamsten Mittel anboten, ihren politischen Einfluss immer mehr zu erweitern, und sie eben dadurch am unwiderstehlichsten dazu reizen mussten.

### **§. 3.**

Einmal wurde ihnen schon im siebenten Jahrhundert in dem gotischen Staat in Spanien ein Anteil an der Königs-Wahl, und zwar der entscheidendste Anteil daran recht feierlich zugestanden. Im Jahr 633 liess es der König Sisenand auf einer Synode zu Toledo zum Reichs-Gesetz machen (*„Nullus apud nos praesumptione regnum arripiat – sed defuncto in pace principe primates regni cum sacerdotibus successionem – communi concilio constituent“*), „dass in Zukunft niemand mehr sich eigenmächtig auf den Thron schwingen, sondern nach dem Tode eines Königs jedesmal sein Nachfolger von dem Adel und von den Bischöfen gemeinschaftlich ernannt werden sollte“. Im Jahr 636 wurde dieses Gesetz auf einer neuen Synode zu Toledo unter dem König Chintila noch einmal wiederholt. Wobei im Jahr 638 auf der dritten Synode noch dazu ausgemacht wurde, dass jeder neue König die Erhaltung des reinen katholischen Glaubens im Lande besonders beschwören müsse. Eine vierte Synode vom Jahr 653 sanktionierte das neue Reichs-Gesetz zum dritten mal bei dem Regierungs-Antritt des Königs Receswinth, aber setzte schon ausdrücklich bei der Bestimmung und Anordnung des Wahl-Aktus die Bischöfe dem Adel vor (*Abhinc ergo et deinceps ita erunt in regni gloriam praeficiendi rectores, ut aut in urbe regia, aut iu loco, ubi Princeps decesserit cum Pontificum majorumque Palatii omnimodo eligantur consensu*).

### **§. 4.**

Ein Jahrhundert länger bedurften die christlichen Bischöfe, um es in England eben so weit zu bringen; denn erst im Jahr 785 gelang es ihnen, auch hier dahin zu kommen. In diesem Jahr aber versammelten sich unter König Offa von Mercia und Alfwold von Northumberland zwei große Synoden, auf denen jetzt ebenfalls in der Gegenwart von zwei Legaten, die der damalige Papst Hadrian I in die Insel geschickt hatte, feierlich festgesetzt wurde, dass die angelsächsischen Reiche frei Wahl-Reiche seien, deren Könige nur von den Bischöfen und von dem Adel gewählt werden dürften.

### **§. 5.**

Es darf wohl nicht erst gesagt werden, dass es nur die äußeren Umstände waren, welche den Bischöfen hier und in Spanien dazu verhalfen. Ohne eine sehr eigene und sehr dringende Veranlassung hätte man es sich sicherlich niemals einfallen lassen, ihnen einen Anteil an den Königs-Wahlen einzuräumen, der sie so leicht für die Könige selbst gefährlich machen konnte. Man bedurfte mit einem Wort ihren Einfluss dabei, um ihn dem Einfluss anderer Parteien, der den Königen noch bedenklicher schien, entgegenzusetzen. Aber wie lebhaft sie fühlten, was dieser Einfluss für sie austrug, und wie ungern sie sich ihn wieder aus der Hand winden ließen, dies wurde in keinem Staat sichtbarer, als im fränkischen.

### **§. 6.**

Die Umstände, unter denen Pipin im Jahre 752 auf den fränkischen Thron gekommen war, hatten

auch hier die Idee von einem Wahl-Reich bereits eingeleitet, und mehr als nur eingeleitet. Er gab ja selbst der Sache das Ansehen, dass ihn die Wahl der Nation dazu berufen habe, daher musste er ihr auch einigen Anteil bei der Bestimmung seines Nachfolgers zugestehen, und zog sie deswegen im Jahr 768 auch wirklich darüber zu Rat. Dieses indem er auf einer großen Versammlung der Stände die von ihm entworfene Teilung des Reichs unter seine zwei Söhne bestätigen liess. Da die Bischöfe ihren Sitz und ihre Stimme auf diesen Versammlungen damals schon längst hergebracht hatten, so bekamen sie eben dadurch auch ihren Anteil an dem neuen Recht, das der König damit anerkannte. Und sie bekamen ohne Zweifel mit der frohen Einwilligung Pipins, der es nicht vergessen haben konnte, was er ihnen selbst bei seiner Thron-Besteigung zu danken hatte. Hingegen mochte er wohl schwerlich glauben, dass sie mit den übrigen Ständen so fest darauf bestehen würden, das neue Recht in seinem vollen Umfang auszuüben, wie es sogleich nach seinem Tode sich zeigte.

#### §. 7.

Wiewohl nämlich Pipin noch in eben diesem Jahr gestorben war, so erklärte man doch seinen Söhnen, dass sie eine neue Versammlung der Stände berufen müssten, um sich in der Regierung bestätigen zu lassen. Damit aber begnügte sich die Versammlung noch nicht, sondern sie brachte auch in den Verfügungen, die der vorige König wegen der Teilung des Reichs gemacht hatte, einige Veränderungen an, um nur auffallender zu erkennen zu geben, dass die neuen Regenten das Königreich nicht sowohl geerbt, als vielmehr durch ihre Ernennung erhalten hätten.

Nach dem Tode des Prinzen Carlmann, der im Jahre 871 erfolgte, fand dann schon Carl der Große seinen Vorteil dabei, die Stände von ihrem neuen Ernennungs-Recht Gebrauch machen zu lassen. Denn er liess sich jetzt von ihnen auch denjenigen Teil des Reichs, der seinem Bruder zugefallen war, mit Übergehung der von ihm hinterlassenen Söhne, förmlich übertragen. Dadurch wurde der fränkische Staat auf das unzweideutigste für ein Wahl-Reich erklärt, und wenn schon Karl der Große selbst sich bei den Verfügungen, die er hernach wegen der Teilung des Reichs unter seine Söhne machte *(In seinem Testament vom Jahr 806 schien er allerdings ganz allein über seine Erbschaft zu disponieren. Doch kommt ein Artikel darin vor, worin er selbst noch das Wahl-Recht der Nation anerkannte. „Quodsi talis filius cujuslibet istorum fratrum natus fuerit, quam populus eligere velit, ut patri ipsius pueri“.* Auch da er in der Folge seinen Sohn Ludwig zum Kaiser erklärte, so erzählt Teganus; *„quod omnes Episcopos, Abbates, Duces et Comites a maximo ad mini mum interrogaverit, fi eis placeat, ut nomen suum, id est, Imperatoris, filio Ludovico)* nicht sehr dadurch binden liess, so wurde doch schon sein Sohn Ludwig der Fromme höchst empfindlich daran erinnert. Und zwar waren es vorzüglich die Bischöfe, die ihn daran erinnerten.

#### §. 8.

Schon im Jahr 817 war diese von ihnen, nicht ganz wie es scheint, mit seinem guten Willen veranlasst worden, ein eventuelles Reichs-Teilungs-Projekt zu entwerfen, und auf einem Reichstag zu Aachen bestätigen zu lassen, wodurch allen Zwistigkeiten unter seinen Söhnen nach seinem Tode vorgebeugt werden sollte. Da er sich nun in der Folge durch andere Umstände veranlasst sah, die jetzt gemachten Dispositionen in manchen Stücken wieder zu verändern, so hielt er es nach dem Beispiel seines Vaters auch nicht für nötig, die Stände voraus dazu zu befragen. Aber dies kam ihm teuer zu stehen. Die Bischöfe, die sich in das Interesse seiner unzufriedenen Söhne ziehen ließen, erklärten die eigenmächtigen Verfügungen, die er wegen der Erbfolge im Reich getroffen habe, für einen Bruch des Vertrags, der zwischen ihm und der Nation bestehe, behaupteten, dass man nun die Nation auch ihres Eides und ihrer Verpflichtung gegen ihn entledigt sei, und leiteten auf der berufenen Versammlung zu Compiegne wirklich seine Absetzung ein.

#### §. 9.

Aus der Rolle, welche sie bei dieser Gelegenheit spielten, wird es indessen auch am sichtbarsten, welchen ungeheuren Zuwachs ihre Macht und ihr Einfluss durch diesen einzigen Umstand bekommen hatte *(Am stärksten fällt es in der Sprache auf, welche nun selbst die Könige gegen sie und in Beziehung auf sie annahmen. Diese veränderte Sprache aber findet man nicht leicht stärker ausgedrückt, als in der Proclamation, die der König Karl der Kahle im Jahr 859 gegen den von ihm abgefallenen Erzbischof Wenilo von Sens ergehen liess. Er habe nicht geglaubt, sagt hier Carl, dass ein gesalbter König von jemand abgesetzt werden könne „saltim fine audientia et judicio Episcoporum, quorum ministerio in regem sum consecratus, et qui throni Dei sunt dicti, in quibus Deus sedet, et per quos sua decernit judicia, quorum paternis correptionibus et castigatoriis judiciis me subdere, fui paratus et in praesenti sum subtitus.“)* Besonders bemerkt man dabei höchst auffallend, wie ihr vergrößerter politischer Einfluss auch wieder auf ihren kirchlichen, oder auf ihre geistliche Macht zurück wirkte, wie diese durch jenen, und jener durch diese wechselseitig verstärkt wurde, und wie schnell ihnen jetzt der doppelte Charakter, den sie in sich vereinigten, das Hinauswachsen über alle andere Stände im Staat erleichterte. Doch dies wurde allerdings auch in allen übrigen Staaten schon aus der neuen Haltung, welche sie von dieser Zeit an selbst gegen die

Könige annahmen, ebenso sichtbar. Allein an einigen Oertern war es ihnen ja auch schon vorher durch eine andere Einrichtung erleichtert worden, durch die man ihnen noch eine weitere, fast eben so wichtige Einmischung in die Angelegenheiten und Geschäfte der weltlichen Staats-Gewalt, nämlich selbst das unmittelbare Eingreifen in ihren Justiz-Gang, möglich gemacht hatte.



Statue von Chintila in Madrid  
(Francisco de Vöge, 1753)



(Bildmaterial aus Wikipedia)